

**Soziale Isolation**

# Politiker fordern Maßnahmen gegen Einsamkeit

Großbritannien hat neuerdings eine Ministerin für Einsamkeit. Braucht Deutschland das auch? Parteien und Verbände diskutieren über Ansätze gegen soziale Isolation.

19. Januar 2018, 9:00 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, AFP, jr / 49 Kommentare



*Großbritannien hat seit Kurzem eine Ministerin für Einsamkeit. Braucht Deutschland das auch? © Johannes Eisele/AFP*

Nachdem in Großbritannien ein Regierungsposten gegen Einsamkeit eingerichtet worden ist, fordern auch deutsche Politiker, mehr gegen soziale Isolation zu tun. "Die Einsamkeit in der Lebensphase über 60 erhöht die Sterblichkeit so sehr wie starkes Rauchen", sagte SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach der *Bild*. Einsame Menschen würden früher sterben und "viel häufiger" an Demenz erkranken.

Lauterbach forderte daher, dass es einen Verantwortlichen geben müsse, der den Kampf gegen die Einsamkeit koordiniert. Bevorzugt solle dieser Posten im Gesundheitsministerium eingerichtet werden.

ANZEIGE

Ebenfalls in der *Bild* äußerte sich auch der familienpolitische Sprecher der Union, Marcus Weinberg. Er forderte eine "Enttabuisierung" des Themas, "damit einsame Menschen eine Lobby haben und Einsamkeit nicht in einer Schmutzdecke" blieben. Die gesamtgesellschaftlichen und gesundheitlichen Folgen zunehmender Einsamkeit würden in den kommenden Jahren zunehmen. Man müsse daher Forschung dazu fördern, Programme auflegen und Konzepte entwickeln.

In Großbritannien [<http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-01/tracey-crouch-grossbritannien-ministerin-einsamkeit>] gibt es seit dieser Woche eine Ministerin für Einsamkeit. Sportstaatssekretärin Tracey Crouch übernahm den Aufgabenbereich zusätzlich. In Großbritannien fühlen sich nach Regierungsangaben mehr als neun Millionen Menschen isoliert. Etwa 200.000 Senioren hätten höchstens einmal im Monat ein Gespräch mit einem Freund oder Verwandten.

## **Zusammenhang zwischen Armut und Vereinsamung**

Auch Diakonie-Präsident Ulrich Lilie forderte mehr Engagement gegen Einsamkeit. "Wir brauchen ein Bündnis aus Politik und gesellschaftlichen Gruppen, wie Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Sportvereinen und kulturellen Einrichtungen", sagte Lilie den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Einsame Menschen wieder in die Gesellschaft zu holen, sei eine Aufgabe, die man nicht kommerziellen Anbietern wie Facebook oder Partnerschaftsbörsen überlassen dürfe.

Lilie sagte, dass es einen Zusammenhang zwischen Armut und Vereinsamung gebe. Er sprach von "Verdrängungswettbewerben, denen wir nicht einfach zugucken können". So habe in Berlin mehr als die Hälfte der Bewohner Angst, ihre Miete nicht mehr zahlen zu können und deswegen ihre vertraute Umgebung verlassen zu müssen. Außerdem könne sich Einsamkeit auch in politischem Frust äußern, sagte der Präsident. Betroffene Menschen würden dann Parteien wählen, "von denen man sich nicht wünscht, dass sie größer werden".

ANZEIGE

ANZEIGE